Nr. 1

*UStA Magazin

Sommersemester 2011

KIT - Jetzt auch mit Satzung

BaWü - Nach der Landtagswahl

Atomforschung - Fukushima und die Folgen

Außerdem:
Rückblick auf ein Jahr UStA - Interview mit der neuen KIT-Vizepräsidentin - 50 Jahre BAföG - Neue Beitragsmarke - und einiges mehr

Liebe KommilitonInnen,
liebe FreundInnen des UStA,
liebe LeserInnen,

Viel ist geschehen seit dem letzten UMag und so gibt es natürlich auch einige Punkte, mit denen wir uns in diesem UMag beschäftigen werden:

Wichtigster Punkt ist sicher die Landtagswahl in Baden-Württemberg. Leider muss diese Umschlagsseite schon vor der Wahl druckfertig sein, so dass wir hier noch nur hoffen können. Spannend wird die Wahl aber auf jeden Fall, und sicher wird das Ergebnis auch richtungsweisend für die Hochschulpolitik der nächsten Jahre sein.

Das KIT hat es im zweiten Anlauf geschafft, seine Satzung zu verabschieden. Somit wurde ein weiterer Schritt in der Entwicklung von Universität und Forschungszentrum hin zum „Institut für Technologie" getan. Wie befriedigend und zukunftweisend die Satzung tatsächlich ist, kann sicher verschieden bewertet werden. Näheres dazu findet ihr im entsprechenden Artikel.

Nach dem Erdbeben und Tsunami in Japan und den dadurch ausgelösten Störfällen im Atomkraftwerk Fukushima ist die Atomenergiediskussion wieder in Polik und Gesellschaft aufgekommen. Auch am KIT wird Kernforschung betrieben - der Großforschungsbereich war als Kernforschungszentrum Karlsruhe deutschlandweit federführend bei der Entwicklung der Atomtechnologie - und auch hier gibt es verschiedene Stimmen zu diesem Thema. Aus diesem Grund planen wir für Anfang April eine Podiumsdiskussion zum Thema Energie- und Atompolitik. Näheres findet ihr im Artikel und aktuell auf der UStA-Homepage.

Als aktuelle UStA-Referenten verabschieden wir uns mit diesem UMag von euch. Einen kurzen Rückblick über unsere Aktivitäten im vergangenen Jahr findet ihr ebenfalls im Heft. Ganz herzlich bedanken möchten wir uns bei all denen, die uns unterstützt haben, mitgearbeitet haben und geholfen haben, dass wir im vergangen Jahr nicht komplett den Verstand verloren haben.

Natürlich wird die UStA-Arbeit auch nach uns weitergehen. Am 19. April wird die konstituierende StuPa-Sitzung stattfinden, auf der das neue Studierendenparlament sowohl das Arbeitsprogramm für das nächste Jahr verabschieden wird, als auch die zukünftigen UStA-Referenten gewählt werden. Wie alle Gremiensitzungen im UModell ist auch die StuPa-Sitzung öffentlich und ihr seid herzlich eingeladen daran teilzunehmen. Die genaue Uhrzeit und der Ort stehen noch nicht fest, werden aber zeitnah auf der UStA-Homepage und über den Newsletter bekanntgegeben.

Am selben Tag (19.4.) findet übrigens auch eine Hochschulgruppenmesse statt. Von 11:30 Uhr bis 15:30 Uhr werden sich die verschiedenen Hochschulgruppen im Audimaxfoyer vorstellen.

Viele Grüße und bis bald

Euer UStA

Das U-Modell im Web 2.0

Twitter-Account des UStA: @UStA_Uni_KA
Twitter-Account des StuPa: @StuPa_Uni_KA

Der UStA bei Facebook: http://www.facebook.com/pages/UStA-Uni-Karlsruhe/267155943452

Die News von unserer Homepage als RSS-Feed:
http://www.usta.de/feed

Inhaltsverzeichnis

Editorial 2
Inhaltsverzeichnis/Impressum 3
Die Geschichte des BAföG 4
KiKi - Die Kinderkiste 5
Ein Plädoyer für die Ganzheitlichkeit 6
Verfasste Studierendenschaft 7
Landtagswahl in BaWü 9
Engagier dich - Die Hochschulgruppenmese 8
Pfeffer-MINTz-Bonbon 10
Sehbehindert? Bitte draußen bleiben 11
Japantage 2011 12
Interview mit Frau Dr. Barnstedt 13
Ein Rückblick auf ein Jahr UStA 14
Deutschlandstipendium 17
Die KIT-Satzung 18
Zukunft der Kernforschung am KIT 19
Die Tierecke des AStA 19
Uniwinterfest 2011 20
Der UStA-(Kultur)Kalender 22
Beitragsmarkengalerie 23

EILMELDUNG: Innenreferent übernimmt volle Verantwortung für fehlerhaften UMag-Umschlag

Kurz vor dem Druck des UMag-Innenteils machte sich Panik im UStA breit: Das Cover verkündet groß einen Bericht über „50 Jahre BAföG" - **40** Jahre nach der BAföG-Einführung! Nach einer derartigen Zurschaustellung größter Inkompetenz mussten natürlich Köpfe rollen: UStA-Innenreferent Ben Kobrinski, zuständig für die Erstellung des UMags und des Covers kündigte seinen Rücktritt zum 19. April an: „Ich folge damit dem Beispiel großer Männer wie ~~Dr.~~ zu Guttenberg oder Guido Westerwelle welche sich ihrer Fehler bewusst wurden und zurücktraten, bevor sie den angerichteten Schaden ganz ausbaden konnten." UStA-Vorsitzender Anselm Laube nahm das Rücktrittsgesuch wohlwollend zur Kenntnis: „Er hat mir sowieso nur den guten Kaffee weggesoffen!"

Impressum

Herausgeber:
UStA Universität Karlsruhe
Adenauerring 7
76131 Karlsruhe
Tel.: 0721 608-48460
Web: http://www.usta.de
E-Mail: umag@usta.de
V.i.S.d.P.: Anselm Laube

Redaktion:
Layout: Benjamin Kobrinski

Druck: Studierenden Service Verein (SSV)
Auflage: 1000 Exemplare
Fotos: Pixelio, KIT

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der AutorInnen wieder.
Finanziert wird dieses UStA-Magazin durch UStA-Beitragsmarken, erhältlich beim UStA oder eurer Fachschaft.

Newsletter

Du möchtest immer über die neuesten Aktivitäten und Aktionen des UStA auf dem Laufenden sein?

Dann kannst Du Dich in unseren Newsletter (news@usta.de) eintragen.

Themen des Newsletters sind beispielsweise:

- Termine für Veranstaltungen, Feste oder Aktionen
- Aufrufe zur Mitarbeit (Helfer für die Feste, Jobs im UStA/SSV, Teilnahme an Aktionen)
- Pressemitteilungen des UStA

Anmelden kannst Du Dich auf unserer Homepage

http://www.usta.de/newsletter

Die Geschichte des BAföG

Ein Rückblick zum 40. Geburtstag

von Sarah Puch und Manuela Lemmer

Seit 40 Jahren existiert nun das Bundesausbildungsförderungsgesetz. In dieser Zeit war diese Finanzierungsmöglichkeit für Studierende zahlreichen Änderungen unterworfen.

Die Vorgänger des BAföG

Bereits vor der Einführung des BAföG gab es finanzielle Unterstützung für Studierende vom Staat. Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland konnte man Hilfe von den Gemeinden erhalten. Voraussetzung dafür waren jedoch neben einem niedrigen Einkommen „besonders gute Ausbildungsleistungen", also in etwa das, was wir heutzutage als Elitenförderung bezeichnen. Daneben wurden vom Staat „Kriegsfolgegeschädigte" unterstützt. Diese Gelder waren leistungsunabhängig und mussten nicht zurückgezahlt werden.

1957 wurde eine bundeseinheitliche Studienförderung an den Universitäten eingeführt, das sogenannte Honnefer Modell. Diese Förderung konnte auch von der „mittleren Einkommensschicht" beantragt werden, herausragende Studienleistungen waren jedoch immer noch Voraussetzung. Für Studierende anderer Hochschulen bauten die einzelnen Bundesländer eigene Förderprogramme auf.

Für eine richtige bundesweit einheitliche Regelung der Ausbildungsförderung musste erst das Grundgesetz geändert werden, da die Bildungshoheit bei den einzelnen Bundesländern liegt. Dies geschah am 13.05.1969 unter der großen Koalition (CDU/SPD).

1970 trat der Vorgänger des BAföG in Kraft, das Ausbildungsförderungsgesetz (AföG). Dessen Ziel war die Regelung der Förderung in allen Ausbildungsbereichen, also z.B. auch der betrieblichen Ausbildung. Jedoch konnte dieses Ziel nicht verwirklicht werden, da die dafür notwendigen finanziellen Mittel nicht zur Verfügung standen.

Einführung des BAföGs

1971 wurde daraufhin das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) eingeführt. Von nun an waren gute Noten nicht mehr nötig, eine grundsätzliche Eignung genügte. Zudem konnte man das Recht auf staatlichen Zuschuss erstmalig einklagen. Jedoch war das große Ziel des BAföGs nicht nur die Schaffung einer Chancengleichheit. Die damalige Wirtschaft verlangte nach zahlreichen hoch ausgebildeten Spitzenkräften. Damals sprach man von der „Aktivierung der Bildungsreserven" aus den Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen.

Das BAföG wurde als vollständiger Zuschuss für bedürftige Studierende eingeführt, man musste also nichts zurückzahlen. Der Höchstbetrag wurde durch die Sozialerhebung bestimmt. Im Laufe der 70er-Jahre wurde der Kreis der Anspruchsberechtigten auf z.B. Auszubildende und SchülerInnen erweitert. Alle zwei Jahre fand eine Überprüfung der Bedarfssätze statt (dies gilt heute noch). Diese Regelung der Bestimmung des Höchstsatzes war stark umstritten. So wurde unter anderem eine Anpassung an die allgemeine Preissteigerung oder an einen studentischen Warenkorb gefordert. 1974 wurde ein verpflichtendes Grunddarlehen eingeführt. Dieses war unabhängig von der wirklichen Förderhöhe und konnte von jedem/jeder BAföG-EmpfängerIn eingefordert werden. Bis 1977 stieg dieser Betrag auf 150,- DM/Monat. Nur wer einen höheren BAföG-Anspruch hatte, bekam noch einen Zuschuss.

Zwischen 1976 und 1978 fanden die ersten größeren Strukturdiskussionen statt. Erstmals wurde über Sockelmodelle diskutiert, die Kindergeld und Kinderfreibeträge im Rahmen des Familienlastenausgleichs ersetzen sollen. 1978 lag es vor allem am Widerstand der Länder, dass die verschiedenen Änderungsvorschläge nicht angenommen wurden. 1981 wurden die „Bildungsausgaben" des Staates zu hoch. Deshalb wurde aus Haushaltsgründen das Schüler-BAföG stark reduziert. Zudem wurde eingeführt, dass nur positive Einkommensarten der Eltern gewertet werden; eine Verrechnung mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten gibt es nicht. Diese Regelung gilt heute noch und ist für viele Studierende ziemlich nachteilig.

1983 wurde das BAföG auf Volldarlehen umgestellt. Von nun an mussten die Geförderten die Leistungen vollständig (zinsfrei) zurückzahlen. Daraufhin begann die Zahl der BAföG-EmpfängerInnen zu sinken und parallel auch der Prozentsatz der Studierenden aus „einkommensschwachen" Familien.

BAföG in Ost und West

1990 wurde im Zuge der Wiedervereinigung das Volldarlehen teilweise zurückgenommen. Um Ostdeutschen den Übergang vom Vollzuschuss zu Volldarlehen zu erleichtern, wurde das BAföG auf ein Halbzuschussmodell umgestellt. Von nun an waren 50% der BAföG-Leistung zinsfrei zurückzuzahlen, die anderen 50% übernahm der Staat. Zudem wurde eine wirkungsvolle Studienabschlussförderung eingeführt.

Ab 1996 bekamen Studierende, die über die Förderungshöchstdauer hinaus studierten, keinen Zuschuss vom Staat mehr, sondern konnten nur noch ein verzinsliches Bankdarlehen erhalten.

Bis 1999 sank durch eine unzureichende Anpassung der Freibeträge und Bedarfssätze der Anteil der Anspruchsberechtigten und tatsächlichen EmpfängerInnen rapide. Der Tiefstand war 1998 mit nur noch 12,6% geförderten Studierenden erreicht.

2002 stiegen die Förderbeträge und Freibeträge geringfügig und wurden an gerade Euro-Beträge angepasst. Damit wuchs unter anderem der Kreis der Anspruchsberechtigten und auch der Geförderten wieder. BAföG-Erhöhungen blieben jedoch nach 2001 aus. So ist es kein Wunder, dass die Gefördertenquote ab 2006 wieder sank.

Eine kleine Steigerung

2007 einigte sich die große Koalition auf eine größere Anhebung der Fördersätze um 10%. Dies reichte nicht einmal aus, um die inflationsbedingten Verluste seit 2001 ganz auszugleichen. Gleichzeitig wurden weitere kleinere Verbesserungen eingeführt, so beispielsweise ein Kinderbetreuungszuschlag und die Möglichkeit, das ganze Studium im EU-Ausland (und der Schweiz) durch BAföG gefördert zu bekommen.

2010 traten mit der 23. BAföG-Novelle einige Änderungen in Kraft. Unter anderem stieg der Bedarfssatz um durchschnittlich 13 Euro/Monat, Freibeträge und Zuschläge wurden erhöht und beim Masterstudium wurde die Altersgrenze auf 35 Jahre erhöht. Jedoch griff die Erhöhung wieder zu kurz. Das BAföG ist immer noch viel zu niedrig für den tatsächlichen Bedarf, den das deutsche Studentenwerk (wie schon vor 40 Jahren) mit seiner Sozialerhebung regelmäßig ermittelt. Uns bleibt nur abzuwarten, ob zukünftige BAföG-Novellen weiter greifen werden.

Quellen:
- http://www.bafoeg-rechner.de/Hintergrund/geschichte.php
- http://www.studieren-info.de/studium/studienfinanzierung/bafoeg-studienfinanzierung/die-geschichte-des-bafoeg/

Alle aktuellen Infos zum BAfögG- findet ihr im Sozialinfo, welches ihr gedruckt im UStA-Büro oder online auf www.usta.de finden könnt. Für konkrete Fragen könnt ihr euch an unsere Sozialreferenten wenden (z.B. per Mail an sozial@usta.de)

KiKi - Die Kinderkiste

selbstverwaltete Kinderbetreuung

von Sarah Puch

Das KIT hat seine Aufgabe zu Kinderbetreuung ganz an das Studentenwerk abgeschoben! Ganz? Nein, der UStA versucht eine letzte Bastion aufrecht zu erhalten und das KIT mehr in die Verantwortung zu nehmen!

Vielleicht seid ihr während eurer O-Phase einmal an einem grün- roten Container vorbei gekommen und eure Tutoren haben euch erzählt: „wenn ihr mal Kinder habt, hier könnt ihr sie abgeben. Natürlich nur temporär!“ Soweit stimmt das auch. Dieser Container wird hier auch liebevoll die Kinderkiste (Kiki) genannt.

Wie funktioniert die Kiki?

Du meldest dich im UStA an, bekommst ein Formular. Dieses füllst du aus und kannst dann die Kiki nutzen. Dort drinnen kannst du dein Kind mit vielen Spielsachen wunderbar unterhalten. Aber es bringt nichts, immer selber auf sein Kind aufzupassen, wenn man in Vorlesungen muss.

Darum kommt man mit dem Eintritt in die Kiki auch auf eine Mailingliste. Hier können sich Eltern absprechen, wer wann da sein könnte, um auf die Kinder aufzupassen. Beispiel: Eltern A haben montags ein Seminar und Eltern B am Donnerstag eine wichtige Vorlesung. Nun können also B am Montag auf die Kinder aufpassen und A am Donnerstag.

Momentan haben wir leider beim Studentenwerk eine Warteliste für die Betreuung von Kindern zwischen drei Monaten und 3 Jahren von über 60 Kindern. Darum haben wir es uns zur Aufgabe gemacht die Kiki zu erweitern. Die Elternverwaltung soll natürlich weiter laufen. Aber wir möchten zusätzlich einE BetreuerIn hinzuziehen. Hierfür müssen wir uns momentan durch einen Berg von Anträgen und Voraussetzungen wühlen. Aber das wird kein Vergleich sein zu der Aufgabe, vom KIT das Geld für dieses Projekt zu bekommen.

Wenn ihr uns irgendwie unterstützen möchtet, Ideen habt, was man noch ändern könnte oder selber die Kiki nutzen möchtet, meldet euch einfach bei frauen@usta.de oder bei sozial@usta.de.

Global denken, lokal handeln

Ein Plädoyer für die Ganzheitlichkeit

von Anselm Laube

Gerade in den letzten Wochen ist es mir wieder aufgefallen: In Gesamtzusammenhängen zu denken ist auf dem Campus verpönt. Es wurde sogar Wahlwerbung damit gemacht, dass mensch sich nur mit direkt hochschulpolitischen Fragen beschäftigen würde, und deshalb die bessere StudentInnenvertretung sei. Unser Campus wird gerne mit dem Banner gesellschaftlicher „Elite" geschmückt und trotzdem als isoliert von der Gesellschaft betrachtet. Doch dies ist ein kapitaler Fehler.

Hchschulpolitik, aber auch Politik im Allgemeinen, ist ein einziger Spießrutenlauf durch sogenannte Sachzwänge. Für die dringend benötigte Sanierung der Hörsäle und Institutsgebäude fehlt das Geld, für ein sinnvolles Energiemanagement in den Gebäuden fehlt die Zuständigkeit, für vernünftige Strukturen in der Universität fehlt der Wille des Aufsichtsrats. Wenn es jedoch um Projekte geht, die dem Präsidium am Herzen liegen, fehlt es an nichts. Seltsam…

Wir, eine Generation, der lange mangelndes Politikinteresse zugeschrieben wurde, sind jedoch nicht mehr bereit, uns diesen Sachzwängen unterzuordnen. Es ist Zeit, verstärkt Ideale zu vertreten, für die es sich zu arbeiten lohnt, und sich nicht dem Bestehenden unterzuordnen. Das macht es notwendig, die Hintergründe zu erforschen, welche oft in der Allgemeinpolitik liegen

Hochschulfinanzierung

Wir sind es, die die Dinge von ihrer Wurzel aus betrachten und Gesamtzusammenhänge verstehen wollen und deshalb nicht bereit sind, falsche Wege mitzugehen.

Wir sind nicht deshalb so entschieden gegen Studiengebühren, weil wir die 500 Euro zusätzlich unmöglich aufbringen können. Wir sind auch nicht nur dagegen, weil die Studiengebühren sozial Benachteiligte vom Studium abhalten und unfaire Bedingungen während des Studiums schaffen – wir zählen als Studierende ja bereits zur privilegierten Gruppe. Wir sind für einen ganzheitlichen Ansatz bei der Bildungsfinanzierung, wir weigern uns hinzunehmen, dass Studierende künftig KundInnen und nicht mehr Mitglieder einer Universität sein sollen. Und wir wissen dass es falsch ist, zu versucht mittels Gebühren Studierende unter Druck zu setzen, sich nicht die Zeit zu nehmen, die sie zu ihrer persönlichen und fachlichen Reife benötigen.

Steuerpolitik

In den letzten Jahren wurde der deutschen Bevölkerung von PolitikerInnen aller in den Regierungen des Bundes vertretenen Parteien versprochen, dass die Steuern gesenkt werden können. Bei einem immer weiter steigenden Schuldenberg die Einnahmen zu verringern ist jedoch nicht nur dreist (nach mir die Sintflut), sondern ein durch neoliberale Thinktanks angeheizter Beschiss der Bevölkerung. Ein Sanierungsstau von 300 Millionen Euro alleine auf dem Campus des KIT, eine mangelhafte Ausstattung von Schulen und Kindergärten sowie der Mangel an frühkindlichen Betreuungseinrichtungen in Baden-Württemberg zeigen auf, dass wir nicht mit sinkenden Ausgaben rechnen können, sondern wie bereits aufgezeigt mehr investieren müssen. Will der Staat handlungsfähig bleiben, muss er dafür sorgen, dass die Mehraufwendungen durch Erhöhungen auf der Einnahmeseite abgedeckt werden. Hier wird offensichtlich, wie stark Entscheidungen auf allgemeinpolitischer Ebene direkt den Hochschulbetrieb beeinflussen.

Hochschule als Zentrum der Wissensgesellschaft

Die Hochschule als „Kaderschmiede" für künftige Generationen funktioniert nur, wenn sich Menschen an den Hochschulen neben ihrer fachlichen Bildung selbst entwickeln können und dabei auch zu kritischem Denken animiert werden. Da dies jedoch weitgehend unvereinbar mit dem Mantra der Wirtschaftslobby – immer mehr Stoff in immer kürzerer Zeit in immer jüngere Menschen hineinpressen – ist, vergeuden wir mit einer einseitig an den Wirtschaftsinteressen orientierten Politik die Entwicklungsmöglichkeiten vieler Menschen, die Stützen unserer Gemeinschaft sein könnten.

Drittmittel

Diskussionen über Drittmittel aus der Industrie, die mittlerweile einen Teil der Aufgaben der Hochschulen in Forschung und Lehre finanzieren, sind auch bei uns nicht gerne gesehen. Die Annahme, die Hochschulen könnten Geld aus der Wirtschaft nehmen ohne inhaltlich geprägt und in der Ausrichtung ihrer Forschung beeinflusst zu werden, ist jedoch eine Illusion. Dies anzuerkennen bedeutet, dass eine Hochschule, die sich für die Annahme von Drittmitteln aus der Wirtschaft entscheidet, absolute Transparenz walten lassen und zweifelhafte Projekte konsequent ablehnen muss. Aufgrund finanzieller Engpässe zur Einwerbung solcher Projekte gezwungen zu sein, wie es fast allen Hochschulen mittlerweile ergeht, darf sich das Land der Dichter und Denker nicht erlauben. Genauso muss die Zusammenarbeit mit Geheimdiensten, Rüstungsproduzenten oder sonstigen Geheimniskrämern tabu sein. Alle Erkenntnisse, die an unseren Hochschulen erlangt werden, müssen für jeden frei zugänglich sein. Das Prinzip des „open access" sollte ein Leitbild unserer Wissensgesellschaft sein.

Atompolitik

Regelmäßig werden wir gefragt, was die Diskussion über Atomkraft mit der Uni zu tun hat… - eine ganze Menge! Seit sechs Jahrzehnten werden durch die Politik Milliardenbeträge in die Erforschung der zivilen Nutzung der Kernspaltung gesteckt und nach der Reaktorkatastrophe

von Tschernobyl vor 25 Jahren die Bedenken der Bevölkerung als vorübergehende Beunruhigung technischer Laien durch unverantwortliche Panikmacher abgestempelt. Dass der eingeschlagene Weg der richtige sein würde, wurde nicht in Frage gestellt. Ähnliche Reaktionen sind nach der aktuellen Katastrophe in Fukushima zu beobachten.

Selbst abgesehen von den vielen schmutzigen Details in der Geschichte der zivilen Nutzung der Atomenergie in Deutschland ist eine weitere Entwicklung neuer Reaktortechnologien nicht verantwortbar. Alleine die Tatsache, dass Müll produziert wird, der Millionen Jahre braucht, bis er für Mensch und Tier ungefährlich ist, ohne auch nur eine glaubhafte Idee für eine langfristige Lagermöglichkeit reicht aus, um einen sofortigen Ausstieg aus der Technologie zu rechtfertigen. Da die Diskussion und die daraus hervorgehenden Entscheidungen direkten Einfluss auf die Zukunft der Studierenden hat, ist es wichtig, dass die Studierendenvertretungen ihren Auftrag zur politischen Willensbildung auch in diesem Bereich nachkommen.

Karlsruhe ist ein sehr gutes Beispiel für eine gelebte Studierendengemeinschaft. Mehrere selbst verwaltete Cafés, Wohnheime, die Fachschaften und der UStA zeigen, dass Verantwortungsbewusstsein und ein Denken über die Grenzen des eigenen Studienhorizonts hinaus hier gute Tradition hat. Lasst uns dies weiter ausbauen und die Politisierung der Menschen, die in der hohe Beteiligung an den Landtagswahlen im März deutlich geworden ist, nutzen, um auf dem Campus verstärkt den politischen Diskurs zu pflegen, um für die Zukunft gemeinsam richtige Entscheidungen zu treffen.

Verfasste Studierendenschaft

Der Weg zu einer neuen VS - Per Aspera ad AStA

von Anselm Laube

Das Ergebnis der Landtagswahl bringt für viele Lebensbereiche in Baden-Württemberg Veränderungen. Ganz besonders betroffen ist jedoch das U-Modell in Karlsruhe und die Studierendenvertretung an den Hochschulen allgemein.

Die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft, die wir seit nunmehr fast 34 Jahren fordern und die auch oberstes Ziel der U-Modell-Satzung ist, wird nicht einfach werden. Um euch in diesen Prozess von Anfang an möglichst gut einzubinden, haben wir die folgende Übersicht erstellt, die zeigen soll, wie die Konstitution der gesetzlich verankerten Vertretung am KIT ablaufen soll.

Rechtliche Grundlagen

Aufgrund der klaren Mehrheit für Grün-Rot im Landtag erwarten wir, dass der von SPD und Grünen im Dezember eingebrachte Gesetzentwurf die künftige Rechtsgrundlage darstellen wird (http://www.landtag-bw.de/wp14/drucksachen/7000/14_7307_d.pdf). Er hat durch uneingeschränkte Satzungs- und Finanzautonomie und die weite Auslegung des hochschulpolitischen Mandats sowie der Möglichkeit, an jeder Hochschule eine eigene, den konkreten Bedingungen angepasste Struktur einzuführen, auch im Karlsruher Studierendenparlament breite Unterstützung erfahren. Noch vor der Wahl der neuen Landesregierung trifft sich im UStA eine Arbeitsgruppe, die sich Gedanken über das weitere Vorgehen bei der Wiedereinführung machen wird. Dieser Zeitplan wird dann mit dem Studierendenparlament abgestimmt und in den nächsten Monaten vom UStA und den Fachschaften abgearbeitet. Als Eckpunkte sehen wir derzeit folgendes Vorgehen:

gestorben 1977, wiederbelebt 2011?

Der Weg zur neuen VS

1. Der **Gesetzgebungsprozess** wird voraussichtlich kurz vor oder nach der Sommerpause des Landtags beginnen. Dabei wird der Gesetzentwurf in **zwei Lesungen** behandelt. Bei der Anhörung der Betroffenen in der ersten Lesung werden der UStA und die Landes-AStenKonferenz (LAK) in **Stellungnahmen** den Gesetzentwurf kritisch analysieren. Wichtig ist, dass die Hürden, die vor der Durchsetzung der VS an den einzelnen Hochschulen, also insbesondere die notwendige Wahlbeteiligung, studierendenfreundlich gesetzt werden. Dazu bildet die LAK einen **Arbeitskreis**, der die Studerendenschaften an den einzelnen Hochschulen beratend zur Seite steht. Alle Ergebnisse werden transparent auf http://kampagnevs.wikispaces.com zur Verfügung gestellt.

2. Ein oder mehrere **Satzungsentwürfe** werden erarbeitet und im UStA, den Fachschaften, der FSK und dem Studierendenparlament diskutiert. Dabei sind insbesondere die Struktur des AStA und die Konstitution der Fachschaften Punkte, bei denen Ideen gefragt sind.

3. Eine **langfristige Strategie** für die neue Situation muss gefunden werden. Was passiert mit den Vereinen, die den UStA und die Fachschaften bisher tragen? Wie wird das Vermögen der Studierendenschaft, das 1977 mit der Abschaffung der VS enteignet wurde, sinnvoll verwaltet? Welche Aufgaben möchte die Studierendenschaft langfristig wieder vom Studentenwerk übernehmen?

4. Die endgültige Versionen der Satzungsentwürfe werden durch das Studierendenparlament dem Ältestenrat des U-Modells zur Durchführung einer Urabstimmung vorgelegt, zur Wahrung des gesetzlich verankerten Wegs wird auch der AStA zur **Urabstimmung** aufrufen. Dies sollte

bereits wenige Wochen nach Verabschiedung des Gesetzes im Landtag erfolgen.

5. Wenn das **Quorum** von voraussichtlich 20% Wahlbeteiligung und 2/3 Zustimmung erreicht ist, tritt die Satzung zum zuvor festgelegten Zeitpunkt in Kraft

6. Es wird **Wahlen** zu den Fachschaften und der uniweiten Studierendenvertretung geben

7. Der **Satzungsprozess** muss innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen sein, danach werden die bisherigen ASten aufgelöst

Dank VS-Zaubertrank bald wieder stark: AStA-rix

8. Eine neue **Landesstudierendenvertretung** muss sich innerhalb von drei Jahren konstituieren und damit die bisherige LAK ablösen.

Zum Treffen der Arbeitsgruppe Verfasste Studierendenschaft am 17.04.2011 um 16:00 Uhr im UStA möchten wir alle Interessierten ganz herzlich einladen. Je stärker ihr euch engagiert, desto demokratischer können wir den Prozess der Wiedereinführung gestalten und desto schneller werden euch die Vorteile der verfassten Studierendenschaft zugute kommen. Über die laufenden Prozesse werdet ihr auch regelmäßig durch unseren Newsletter sowie auf der Homepage www.usta.de informiert

Brief der Landes-AStEn-Konferenz zur Wiedereinführung der VS

an die Landesverbände von Bündnis 90/Die Grünen und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die LandesAStenKonferenz begrüßt den politischen Wechsel in Baden-Württemberg. Sie haben jetzt die Möglichkeit, jahrelange Missstände und Fehler in der Bildungspolitik zu beheben. Diesen Wandel wollen wir unterstützen und begleiten. Als demokratische Vertretung der Studierenden und direkt Betroffene erwarten wir eine Einbindung in die Entscheidungsprozesse. Denn Bildungspolitik kann langfristig nur mit Unterstützung der Studierenden erfolgreich sein. Im Folgenden sprechen wir Themen an welche die Studierenden zur Zeit hautpsächlich beschäftigen und in denen Verbesserungen in nächster Zeit notwendig sind.

Seit 34 Jahren wird das Studium an Baden-Württembergischen Hochschulen nicht als der eigenständige Lebensabschnitt aufgefasst, den es eigentlich darstellt. Studierende werden entmündigt: Sie dürfen ihre Meinungen nicht frei äußern und ihre Anliegen nicht artikulieren. Sie dürfen keine eigenen Gelder verwalten und sich keine für ihre Hochschule zugeschnittenen Selbstverwaltungsstrukturen geben. Sollen die Studierenden als erwachsene, vollwertige Bürger anerkannt werden, kann dies nur über eine zeitnahe Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft geschehen.

Mit Ihrem Gesetzesentwurf vom 07.12.2010 (Drucksache 14/7307) haben Sie dazu Ihre Bereitschaft deutlich signalisiert. Wir, die Landes-Asten-Konferenz, befürworten und unterstützen die Bestrebungen, den Studierenden eine legitime Vertretung in Form einer rechtsfähigen Teilkörperschaft ihrer Hochschulen zuzuerkennen. Aufgrund der Vielfalt der Hochschulen in Baden-Württemberg, darf der politische Weg nicht sein, allen Universitäten, Pädagogischen Hochschulen, Fachhochschulen etc. jedweder Größe ein und das gleiche Vertretungsmodell aufzuzwingen. Die Studierenden der verschiedenen Hochschulen müssen sich ihre Satzung selbst geben. Um handlungsfähig zu sein und die Belange der Studierenden vertreten zu können, sowie Meinungsbildungsprozesse innerhalb der Studierendenschaft zu befördern, benötigt die Verfasste Studierendenschaft Finanzmittel, über die sie nach eigenem Ermessen verfügen kann. Fest steht: die Verfasste Studierendenschaft braucht Satzungs- und Finanzautonomie um eine ausreichende und umfassende Vertretung der Studierenden zu gewährleisten.

Lange haben sich die Studierenden in Baden-Württemberg mit viel Energie und persönlichem Engagement für die Verfasste Studierendenschaft eingesetzt und auf eine Besserung ihrer Situation hingearbeitet. Die Beteiligung der Studierenden am Wiedereinführungsprozess der Verfassten Studierendenschaften ist absolut unerlässlich. Hierzu müssen die Landesastenkonferenz sowie die Studierendenvertretungen vor Ort bereits im Vorfeld des Gesetzgebungsprozesses fest eingebunden werden.

Obgleich wir Ihren Gesetzesentwurf größtenteils befürworten, sehen wir in einigen Punkten Nachbesserungsbedarf. So ist zum Beispiel die Durchführung einer Urabstimmung durch den derzeitigen kAStrA an vielen Standorten organisatorisch nur schwerlich zu leisten. Auch stellt sich die Frage nach der „Angemessenheit“ von finanzieller, personeller und räumlicher Ausstattung der Studierendenvertretungen: Hier muss eine Lösung gefunden werden, die die notwendigen Ressourcen sicherstellt.

Landtagswahl in BaWü

Oder: Über die Tränen des Stefan M. - Eine Land sieht Grün-Rot

von Anselm Laube und Ben Kobrinski

War es wirklich einer der viel beschworenen Wahlkrimis? Vermutlich nicht. Schon seit geraumer Zeit (schon lange vor Fukushima!) ist eine Umbruchstimmung im Land zu spüren: Immer mehr Menschen wollten die „Traditionspartei" CDU nicht mehr unterstützen, die FDP konnte spätestens seit Brüderles BDI-Protokoll sowieso nicht mehr ernst genommen werden und die Grünen konnten Wählerzulauf aus allen Bevölkerungsschichten verzeichnen. Dennoch war allein durch das schon lange reformbedürftige Wahlsystem der Grün-Rote Sieg nicht garantiert. Am späten Abend des 27. März war es dann soweit – das vorläufige amtliche Endergebnis bezeugte: Grün-Rot: 71 Mandate, Schwarz-Gelb: 67 Mandate. Der Wechsel ist da! Der Regierungsmarathon der CDU wurde beendet und Winfried Kretschmann wird voraussichtlich der erste grüne Regierungschef in einem deutschen Bundesland.

Die Koalitionsgespräche laufen und auch das Thema Bildungs- und Hochschulpolitik wird dabei eine nicht unwichtige Rolle spielen. Auf jeden Fall sind einige Änderungen in den nächsten Jahren zu erwarten!

Studiengebühren

Insbesondere der SPD liegt die schnellstmögliche Abschaffung der Studiengebühren am Herzen, während die Grünen sich bisher eher zurückhaltend zu der Frage geäußert hatten. Aus den Koalitionsverhandlungen sickerte durch, dass bereits ab dem Wintersemester 2011 die Studiengebühren abgeschafft werden.

Da die Studiengebühren zum Großteil zur Kompensation fehlender Landesmittel genutzt wurden, muss nicht nur ein Ausgleich der Studiengebührenmittel durch das Land garantiert werden, die Mittel müssen auch angehoben werden um eine Aufrechterhaltung und Verbesserung der Lehre zu garantieren. Auch dieses Ziel scheint realistisch: Ein Ausgleich von 110% steht im Moment in Aussicht. Damit dieses Geld nicht im Universitätshaushalt versickert, sollen die Studierenden in die Verteilung der Gelder eingebunden werden.

Verfasste Studierendenschaft

Über 30 Jahre haben wir für sie gekämpft und die Hoffnung manchmal schon fast aufgegeben, jetzt feiert sie hoffentlich bald ihre Auferstehung: Die Verfasste Studierendenschaft (VS). Wir erwarten die Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzesentwurfes noch in diesem Jahr. Schon Anfang des Jahres hatten Grüne und SPD einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht, der damals natürlich abgelehnt wurde. Dieser Antrag müsste nur noch einmal überarbeitet und erneut eingebracht werden, dann hätten wir sie tatsächlich wieder: Die VS! Näheres zur VS gibt es im Artikel auf den vorherigen beiden Seiten.

Hochschulfinanzierung

Grüne und SPD sehen wie wir eine massive Unterfinanzierung des Bildungssystems und der Hochschulen im Speziellen. Allein auf dem Karlsruher Unicampus wird der Sanierungsstau auf ca. 300 Mio Euro geschätzt, was oft auch als „versteckte" Staatsverschuldung gewertet wird. Angesichts der knappen Haushaltslage und des geringen Gestaltungsspielraums der Länder bei der Finanzpolitik ist hier jedoch eine schnelle Lösung des Problems nicht zu erwarten. Für uns ist jedoch klar, dass das Wissenschaftsministerium von der unsäglichen Projektfinanzierung im Hochschulbereich Abstand nehmen muss und stattdessen in einem Hochschulpakt 3 eine massive Aufstockung der Mittel für die Hochschulen mit Planungssicherheit garantieren muss.

Hochschulstruktur

Die Hochschulen haben in den letzten Jahren einen starken Wandel durchgemacht: Vor allem die Entscheidungsprozesse wurden immer stärker vom Senat in das Rektorat oder gar den Aufsichtsrat verlagert. Dies entspricht in keinster Weise einer demo-

kratischen Gemeinschaft, in dem alle Gruppen angemessenes Mitsprachrecht haben, sondern viel mehr einer Unternehmensstruktur mit von oben herab diktierter Strategie.

Dem muss entgegengewirkt werden. Vor allem die Aufsichtsräte müssen tatsächlich Aufsichts- und Beratungsgremien sein und dürfen keine Lenkungsbefugnis haben. Auch darf der Fokus bei der Findung der Aufsichtsräte nicht auf Vorständen großer Firmen liegen (die häufig nicht einmal die Zeit haben, die entsprechenden Unterlagen durchzuarbeiten), sondern muss auf Erfahrung und möglichst breitem Personenspektrum liegen. Auch studentische Mitglieder im Aufsichtsrat sind debei einzurichten.

Des Weiteren muss die Autonomie der Hochschulen gesteigert werden und der Einfluss der Landesregierung reduziert werden.

Studienstruktur

Die in den letzten Jarhen durchgeführten Änderungen an den Studiengängen, teilweise verrsacht durch die Bologna-Reform, führten auch deshalb zu nahezu unstudierbaren Studiengängen, weil die Studierenden nicht genug in die Entscheidungsprozesse eingebunden wurden.

Fest steht, dass die starke Verschulung der Studiengänge aufgehoben werden muss und jedem Studierenden die uneingeschränkte Möglichkeit zum Masterabschluss garantiert werden muss. Auch die Roller und Bedeutung der Bachelor- und Masterabschlüsse muss überdacht und vor allem die Übergänge flexibilisiert werden

Gute Konzepte zur Verbesserung der Studienstruktur hat bisher allerdings noch keine der Parteien vorlegen können. Hier steht noch viel Arbeit an.

Pfeffer-MINT-zbonbon?

Die MINT-Förderung am KIT

von Ben Kobrinski

Seit ein paar Jahren haben Hochschulen und auch Arbeitgeber ein neues Lieblings-Buzzword: MINT - Kurz für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik. Oder anders gesagt: Die verwertbaren Studiengänge.

Kaum eine Rede oder Konferenz in der Hochschullandschaft, in der nicht wenigstens einmal diese Buchstabenkombination fällt. Und ebenso wird kaum eine Gelegenheit ausgelassen, zu betonen, wie wichtig die Förderung dieser Studiengänge ist und wie dringend Fachkräfte gebraucht werden - möglichst jung, elitär und im Idealfall mit zwei Auslandsjahren in drei Semestern. Absolventenmangel in den naturwissenschaftlichen Bereichen wird als eines der größten Probleme in der Gesellschaft dargestellt. Wieviel tatsächlich dahintersteckt, kann man durchaus diskutieren: Zwar werden an allen Hochschulen Projekte zur MINT-Förderung aufgezogen, entsprechende Anstrengungen der Wirtschaft, attraktive (und auch entsprechend bezahlte) Stellenangebote und Anreize für Absolventen zu schaffen werden aber weitaus seltener gesichtet.

Wie dem auch sei: Auch das KIT will natürlich im Wettlauf um den besten MINT-Standort zurückbleiben. Zusammen mit der Universität Stuttgart (ja tatsächlich: Baden und Schwaben machen gemeinsame Sache) hat Karlsruhe an der Ausschreibung „Studienmodelle unterschiedlicher Geschwindigkeit“ teilgenommen und die „MINT-School“ gestartet.

Die urspünglichen Ideen waren dabei durchaus ambitioniert: Die Studiengänge sollten vor allem in den ersten Jahren flexibilisiert werden und ein fließender Wechsel durch die verschiedenen MINT-Studiengänge ermöglicht werden. Auch hätte man sich noch nicht in ein Fach einschreiben müssen, sondern würde erst in verschiedene Fächer und Grundlagen hineinschauen, um sich erst später auf einen Studiengang festzulegen. Durch zusätzliche Kurse sollten vor allem in den ersten Monaten der Übergang von Schule zu Studium erleichtert werden, allgemeine Methoden kennengelernt und Schulstoff wiederholt werden. So sollte der Einstieg ins Studium erleichtert, eine anfängliche Orientierung gewährleistet und die Abbrecherquote gesenkt werden. Um einen weiteren Standardpunkt abzuhaken, sollten auch Konzepte erarbeitet werden, um mehr Frauen für MINT-Studiengänge zu gewinnen. Dass dieser Punkt wichtig ist, steht sicher außer Frage. Ob das allerdings durch „Mehr Bilder, weniger Text bei Onlineauftritten“ und speziell „gendergeschulte Tutoren“ erreicht werden kann, ist aber wohl fraglich.

Besonders Förderungwürdig : Die MINT-Pflanze

Gerade die Einführung einer Orientierungsphase zu Studienbeginn und eine entsprechende Förderung des fachübergreifenden und allgemeinbildenden Studiums würde tatsächlich einen viel zu selten beachteten Aspekt des Studiums wieder zur Geltung bringen. Leider wurde gerade dieser Punkt weitestgehend gestrichen, da keine Möglichkeit gefunden wurde, eine Einschreibung ohne direkte Studiengangsbindung zu ermöglichen.

Auch viele andere Aspekte der ursprünglichen Ausschreibung wurden fallengelassen oder stark umgeändert. Was übrig geblieben ist, sind hauptsächlich die zusätzlichen Förderkurse, in denen Schulstoff wiederholt wird. Ob es allerdings Aufgabe der Universität ist, das abgeschaffte 13. Schuljahr nachzuholen ist sicher diskutabel. In wie fern man damit tatsächlich die Abbrecherquoten in den MINT-Studiengängen senkt, oder auch noch mehr Studierende in und durch die MINT-Studiengänge bringt, wird sich zeigen.

Ein ganz anderer Vorteil für alle Studenten - Verzeihung, alle MINT-Studenten (Geist-Soz und Lehrämtler gehören natürlich nicht dazu) - wurde übrigens auch zugesagt: Die Regelstudienzeit für alle MINT-Bachelor-Studiengänge soll auf acht Semester erhöht werden, wobei das Studium weiterhin auf sechs Semester ausgelegt sein soll. So bietet sich die Möglichkeit, auch mal ein wenig aus dem Standardstudienplan auszubrechen, übergreifende Vorlesungen zu hören, sich neben dem Studiengang zu engagieren oder anderweitig sein Studium freier zu gestalten.

Mehr Informationen zum MINT-Kolleg gibt es unter

www.mint-kolleg.de

Sehbehindert? Bitte draussen bleiben

Wie Menschlichkeit und Hilfsbereitschaft bei Edeka ganz klein geschrieben wird

von Sarah Puch

Eine bodenlose Gemeinheit! Anders kann man es nicht ausdrücken.

Mittlerweile ist ein weiterer Fall eines Hausverbotes im EDEKA-Aktivmarkt am Kronenplatz aufgetaucht. Allerdings nicht, weil jemand randaliert hätte, jemanden bedroht oder gestohlen hätte. Nein, um Hilfe bitten ist in diesem Laden nicht gerne gesehen (es sei denn, es sind schöne flirtwillige Frauen).

Letztes Jahr und auch erst letzten Monat war ein blinder Kunde in diesem Laden und haben eine Verkäuferin um Hilfe gebeten. Diese hat auch netter Weise geholfen. Allerdings hat der Geschäftsführer dem Ganzen ein Ende bereitet. Seine Verkäuferinnen seien nicht da, um sich fünf Minuten lang um einen Kunden zu kümmern.

Volle Regale, enge Gänge, viele Menschen. Für jemanden der das alles sehen kann ist das kein Problem. Was aber wenn man eben nichts sieht, blind ist? In diesem Fall wird dies alles zu einem riesigen Hindernis. Aber die meisten Blinden, die ich kennen gelernt habe, kommen damit zurecht. Dass sie alles alleine schaffen ist natürlich ausgeschlossen.

Was will man als Blinder anders tun? Die Gläser öffnen und riechen was drinnen ist? Alles anfassen? Am besten gar nicht einkaufen wenn es nach der Geschäftsführung geht.

Dies ist verachtenswert. Wer es schafft, trotz so eines Handicaps selbständig für sich zu sorgen, der verdient Respekt und auch Hilfe. Nicht, dass man in der ganzen Öffentlichkeit angebrüllt wird, für etwas bestraft wird, wofür man nichts kann und noch weiter in seinem Leben eingeschränkt wird! Es ist nur wünschenswert, dass einige Menschen in diesem Laden umdenken und versuchen sich in die Lage dieser Menschen hinein zu

versetzten.

Wir möchten euch hiermit auch aufrufen, greift in solchen Situationen ein! Seid nicht feige, diese Menschen sind euch dankbar, wenn ihr ihnen zu Seite steht.

Und überlegt euch vielleicht jedes zweite mal oder so, ob man nicht vielleicht doch die 350 Meter weiter laufen will - zum nächsten Laden.

Vielleicht kommt es zu einem Umdenken in diesem Geschäft. Und es wird mehr Wert auf Kundenservice gelegt, egal welcher Art. Und nicht nur auf den guten Standort.

Engagier Dich!

Hochschulgruppen am KIT stellen sich vor

von Ben Kobrinski

Studium ist mehr als das Besuchen von Vorlesungen, das Auswendiglernen von Formeln, oder das Schreiben von Klausuren.

Das Studium bietet auch die Möglichkeit, neue Erfahrungen zu machen, theoretisch Gelerntes anzuwenden, sich gesellschaftlich einzubringen, neue Menschen kennenzulernen und vieles mehr. Meistens muss man sich dafür nur auch einmal außerhalb der Hörsäle umschauen. Zum Beispiel bieten viele Hochschulgruppen Möglichkeiten, auch mal über den Tellerrand hinaus zu schauen.

Am KIT sind über 70 verschiedene Hochschulgruppen registriert. Sie decken eine breite Spanne an unterschiedlichen Themen ab: Ob Kultur, internationaler Austausch, Unternehmensgründung, Politik oder einfach nur Party machen - für fast alle Interessengebiete haben sich Studenten zusammengefunden um gemeinsam zu diskutieren, zu arbeiten und zu feiern.

Mehrere der Hochschulgruppen haben sich zum Engagier-Dich-Netzwerk zusammengeschlossen, um sich untereinander auszutauschen, Erfahrungen zu teilen, gemeinsame Strukturen zu nutzen und auch gemeinsame Aktionen zu organisieren.

Am 19. April organisieren diese Hochschulgruppen eine gemeinsame Hochschulgruppenmesse. Dabei wollen sie sich den Studenten vorstellen und zeigen, warum sie sich neben dem Studium engagieren und welcher Möglichkeiten es dafür gibt.

Hochschulgruppenmesse
am 19, April, 11 bis 16 Uhr
Im Audimaxfoyer

Japantage 2011

Mehr als nur Mangas und Sushi

von Manuela Popp

Vom 2. bis 8. Mai 2011 werden dieses Jahr die Japantage Karlsruhe stattfinden. Organisiert wird die Veranstaltung vom Studentenwerk Karlsruhe, zahlreichen studentischen Kulturgruppen, der deutsch-japanischen Gesellschaft Karlsruhe und Anderen.

Die Japantage haben sich dieses Mal für Studierende geöffnet und beziehen diese stark in die Planung mit ein. So ist zum Beispiel das komplette Kommunikationskonzept von Studierenden der HfG erstellt worden. Es handelt sich also um eine Veranstaltung, bei der einzelne Studierende und studentische Kulturgruppen viele Gestaltungsmöglichkeiten haben. Und so hoffen die Organisatoren auch, dass sich das studentische Publikum dieses Mal verstärkt angesprochen fühlt.

Begleitet wird das Kulturprogramm von einem wissenschaftlichen Rahmenprogramm des KIT. Den aktuellen Stand diese wissenschaftlichen Programms und weitere Informationen könnt ihr unter www.japantage.de nachlesen. Hier geben wir euch schon einmal eine Übersicht über die Highlights des Kulturprogramms.

Japanisches Bogenschießen
3. Mai, 12 Uhr, vor der Mensa

Vorführung des Budo Clubs Karlsruhe im Kyudo, dem traditionellen, japanischen Bogenschießen

AFK-Vorstellung:
Ghost Dog - Der Weg des Samurai
5. Mai, 20 Uhr, Hertz-Hörsaal

Atmosphärischer und nachdenklicher Genrefilm des Kultregisseurs Jim Jarmusch mit Forest Whitaker als charismatischem Hauptdarsteller.

Uchiwa-Fächer-Workshop
6. Mai, 13 - 17 Uhr,
Stehtische im Mensafoyer

Für eine kleine Gebühr könnt ihr aus dem Vollen schöpfen und mit schönen Papieren euren eigenen Uchiwa-Fächer gestalten.

Sushikurs
6. Mai, 14 - 17 Uhr,
Sitzungszimmer im Mensafoyer

Petra Doehl, 2. Vorsitzende der Deutsch-Japanischen Gesellschaft Karlsruhe, führt euch in die Sushi-Küche ein und bereitet mit euch gemeinsam ein Sushi-Buffet für die abendliche Eröffnungsveranstaltung vor. Anmeldungen sind unter isc@studentenwerk-karlsruhe.de möglich.

Festakt
6. Mai, 19 Uhr,
Festsaal im Studentenhaus

Den Höhepunkt des Festakts bildet ein Vortrag von Prof. em. Dr. Peter Pantzer, einem Experten der japanischen Geschichte. Sein Vortrag „Samurai und Bushido - Ritter und Ritterlichkeit im Fernen Osten" führt das Publikum in eine Zeit, als die Samurai in Kriegs- sowie auch Friedenszeiten an der Spitze der Gesellschaft ihre Ideale wie Mut und Tapferkeit, Beherztheit und Opferbereitschaft oder Furchtlosigkeit und Treue pflegte.n

Japanische Jazzgruppe „JAJA"
7. Mai, 20 Uhr,
Festsaal im Studentenhaus

JAJA, die in Japan in ausverkauften Konzerthallen spielen, präsentieren heute Abend ihren luftig-leichten Jazz im Festsaal des Studentenhauses. Karten können unter japantage.de reserviert werden.

Anime-Schlonz
7. Mai, 21 Uhr, AKK

Ganz im Zeichen japanischer Animationsfilme steht an diesem Abend das AKK. Mit bunter Deko und Filmmusik aus den bekanntesten Animes versetzen wir euch in eine andere Welt. Bestimmt werdet ihr auch einige interessante Dinge erfahren, oder wusstet ihr bereits, dass die Zeichentrickserie „Biene Maja" als japanischer Anime entstand? Wer zudem als Anime-Figur verkleidet erscheint, bekommt ein Bier umsonst.

Matineevorführungen des AFK mit zwei Filmen
8. Mai, 11 Uhr, Hertz-Hörsaal

„Prinzessin Mononoke": Zeichnerisch wie erzählerisch herausragender Zeichentrickfilm, der die Tradition japanischer Animes weiterentwickelt, ohne sich auf ein plakatives Gut-und-Böse-Schema festzulegen.

„Last Samurai": Exzellentes Unterhaltungskino mit traumhaften Bildern. Die vielseitige Geschichte ist geprägt von Offenheit und Sympathie für eine fremde Kultur und prangert zugleich - wenn auch mit den sanften Mitteln Hollywoods - die eigenen Verbrechen an.

Unitheater-Aufführung: The Bee
8. Mai, 20 Uhr,
Festsaal im Studentenhaus

Tiefschwarze Satire, deren Urversion vom UniTheater Karlsruhe in englischer Sprache aufgeführt wird, entstand in Zusammenarbeit zwischen dem japanischen Schriftsteller und Theatermacher Hideki Noda und dem irischen Dramatiker Colin Teevan. Was passiert, wenn Opfer zu Tätern und Jäger zu Gejagten werden? Eintritt ab 16 Jahren, Karten können unter www.unitheater.de/thebee reserviert werden.

Das vollständige Programm und weitere Infos findet ihr unter

www.japantage.de

Interview mit Frau Dr. Barnstedt

Die neue Vizepräsidentin für Personal und Recht am KIT stellt sich vor

von Ben Kobrinski

Seit dem 1.1.2011 ist Frau Dr. Elke Luise Barnstedt Mitglied im Präsidium des KIT. Bei einem ersten Treffen mit dem UStA gab sie uns ein vorstellendes Interview:

Seit Anfang des Jahres Sind sie als Vizepräsidentin für Personal und Recht Teil des KIT-Präsidiums. Aber auch schon vor einigen Jahren waren sie an der Universität Karlsruhe angestellt. Wir verlief ihr Weg von Karlsruhe nach Karlsruhe?

Ich habe hier an der Universität Karlsruhe meine praktische Tätigkeit begonnen. Vorher war ich an der Universität Osnabrück akademische Rätin und habe selbstverständlich beide juristischen Staatsexamina abgelegt. An der Universität Karlsruhe habe ich angefangen in der Abteilung „Akademische Angelegenheiten" und wurde dann nach ungefähr 4 Jahren Stellvertreterin des damaligen Kanzlers. Anschließend war ich von 1994 bis 1998 Kanzlerin der Universität Konstanz und dann 12 Jahre Direktorin beim Bundesverfassungsgericht. Und jetzt bin ich sozusagen zu meinen Quellen zurückgekehrt.

Sie sind am KIT Vizepräsidentin für Personal und Recht. Was genau wird dabei in Ihren Aufgabenbereich fallen?

Zum einen werde ich das Präsidium in Personal- und Rechtsangelegenheiten vertreten und auch die jeweilige Fachabteilung als Vizepräsidentin bei der täglichen Arbeit begleiten. Davon können auch Sie betroffen sein, HiWi- und Assistentenverträge zum Beispiel laufen über die Personalabteilung.

Auch im Bereich Recht kommen wir zusammen, zum Beispiel aktuell bei der Grundsatzungskommission. Prüfungsordnungen sind bei Professor Becker angesiedelt, aber wenn es dort rechtliche Fragen gibt, bin ich mir sicher, dass wir uns auch da kurzschließen werden.

Am KIT haben wir einen außergewöhnlichen Status, weswegen es hier vielleicht auch besonders interessant ist zu arbeiten. Worin sehen Sie das Potential in diesem Modell, und wo sehen Sie noch Probleme und größere Arbeitsfelder?

Das Potential sehe ich darin, dass eine große Forschungseinrichtung und eine Universität sich zusammen getan haben und dabei entstehen viele Synergieeffekte: Sowohl in der Forschung durch die bessere Vernetzung, aber auch für die Studierenden und Doktoranden, da es viel mehr Möglichkeiten gibt. So erhalten Studierende und Doktoranden durch die enge Verschränkung zwischen Campus Süd und Campus Nord einen frühen Einblick in Projekte aus der Großforschung und können hier Erfahrungen für ihre berufliche Laufbahn sammeln.

Die Lehre, in die sich sicher in Zukunft die leitenden wissenschaftlichen Personen aus dem Norden in die Universität einbringen werden, wird von diesen Effekten quantitativ und qualitativ profitieren.

Es muss noch viel gemacht werden auf dem Weg des Zusammenkommens, ich finde aber, dass das KIT stolz sein kann. Es gibt ein KIT-Gesetz, in welchem bereits wichtige Grundzüge geregelt sind, auf dessen Basis aber auch noch so manches gestaltet werden muss und kann: Zum einen eine einheitliche Tarifgestaltung - der Campus Nord war ja bisher Bundeseinrichtung, der Campus Süd Landeseinrichtung. Hier gilt es jetzt einen neuen Weg des gemeinsamen Miteinanders zu finden. Zum anderen die neue gemeinsame Satzung, in deren Verabschiedung Sie ebenfalls eingebunden sind. Aber auch die Gestaltung der neuen Strukturen ist ein hochinteressantes Gebiet. Auch an diesem Prozess haben die Studierenden teil und können Ihre Vorstellungen einbringen.

Es ist noch viel gemeinschaftlich zu gestalten. Dies ist eine außerordentliche Situation, die eine Universität ansonsten so nicht hat.

Was erwarten sie von Studierenden einer Universität und wie können auch die Studenten das Modell KIT mit verbessern?

Ich denke die Studierenden treiben auch die Lehrenden an. Das finde ich ganz wichtig und jede gute Frage in einer Vorlesung bringt auch die Lehrenden voran. Die Mitwirkung der Studierenden in den Gremien ist eine wunderbare Möglichkeit der Mitgestaltung und ich finde, auch das freundlich-kritische Feedback der Studierenden in Bezug auf aktuelle Ideen und geplante Strukturen wird diejenigen, die sie im Moment entwerfen und die nach neuen Strukturen suchen, vorantreiben und interessante Aspekte einbringen. Das finde ich ganz wichtig und gerade das junge, offene Element der Studierenden ist von großer Bedeutung. Dies ist ein Grund, weshalb ich gerne an einer Universität arbeite.

Schon als ich hier vor 16 Jahren gearbeitet habe, war mein Eindruck, dass die Universität Karlsruhe als technische Hochschule besonders sachliche und fundierte Studierende hat. Und auch jetzt begegne ich am KIT hochinteressierten und faszinierenden Studierenden. Die bodenständige Klarheit und Substanz begeistert mich.

Vielen Dank für das Gespräch

Ein Rückblick auf ein Jahr UStA

Was passierte in der UStA-Amtszeit 2010/2011?

von Ben Kobrinski

Ziemlich genau ein Jahr ist es her, dass sich acht Studierende der Universität Karlsruhe dafür entschieden, ein Jahr in den Dienst der Studierendenschaft zu legen und sich als Referenten für den unabhängigen Studierendenausschuss 2010/2011 aufstellten. Damals noch voller Motivation und guter Vorsätze übernahmen wir die Aufgaben von unseren Vorgängern und zogen in das UStA-Büro ein. In diesem Artikel möchten wir einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr geben und berichten, was wir geschafft, welche Themen wir bearbeitet und welche Aktionen organisiert haben.

Der Beginn

Am 27.4.2010 fand die konstituierende Sitzung des Studierendenparlaments statt. Schon im Vorfeld gab es Treffen, um ein neues UStA-Team zu bilden und das Arbeitsprogramm zu erarbeiten. Nach einer 12-stündigen Sitzung und etlichen Änderungsanträgen wurde dann das Arbeitsprogramm auch angenommen, zu einer UStA-Wahl kam es dann aber nicht mehr. Diese wurde in den kommenden beiden Sitzungen durchgeführt. Damit bestand der neue UStA aus Anselm (Vorsitz), Andreas (Hochschulpolitik), Yannick (Außen), Sarah und Manu (Sozial), Manu (Kultur), David (Ökologie) und Ben (Innen). Unterstützt wurden wir durch die autonomen Referenten Nadja (Frauen) und Ahmad (AusländerInnen). Yannick trat später aus persönlichen Gründen zurück und leider konnten wir das wichtige Außenreferat auch später nicht neu besetzen. Dafür kam im Sommer Jens als neuer Finanzreferent hinzu. Zusätzliche Unterstützung bekamen wir durch die hinzugezogenen Referenten Viri (Queer) und Peter (Organisation des Uniwinterfests).

Vielfältige Aufgaben

Viele Aufgaben standen an und viele Themengebiete gab es zu bearbieten. Wichtig war uns vor allem die regelmäßige Information über unsere Arbeit. So konnten wir (auch Dank der Arbeit unserer Amtsvorgänger) bald eine neue UStA-Website online stellen, auf der wir noch übersichtlicher und schneller über unsere Arbeit informieren konnten. Auch gaben wir regelmäßige Newsletter heraus und veröffentlichten sechs UMags.

Wir nahmen an den Sitzungen der Fachschaftenkonferenz und des Studierendenparlaments teil, berichteten dort über aktuelle Geschehnisse und nahmen auch Arbeitsaufträge entgegen. Zu besonderen Themen luden wir zu gesonderten Treffen ein.

Um nicht nur die Studierenden, sondern auch die Öffentlichkeit zu informieren gaben wir regelmäßige Pressemitteilungen heraus und veranstalteten zu wichtigen Themen wie der KIT-Satzung und der Zivilklausel auch Pressekonferenzen. Auch versuchten wir mit Stadtverwaltung, Landesregierung und verschiedenen anderen Stellen, bei denen man Einfluss nehmen kann, Kontakt aufzunehmen und Gespräche zu führen.

Um auch überregional gemeinsam mit anderen Studierendenschaften agieren zu können, fuhren wir regelmäßig auf Treffen des fzs (Freier Zusammenschluss der Student*Innenschaften), LAK (Landes-AStenKonferenz) und ABS (Aktionsbündnis gegen Studiengebühren). Dabei wurden gemeinsame Kampagnen geplant und Erfahrungen ausgetauscht.

Und nicht zu letzt gab es natürlich auch zwei Unifeste zu organisieren.

Die großen Themen

Als wichtigste politische Ziele setzten wir uns die Forderungen nach Abschaffung der Studiengebühren und die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft. Durch verschiedene Aktionen und Kooperationen mit anderen Studentenorganisationen brachten wir das Thema an die Öffentlichkeit und in die Medien. Und auch wenn wir es zu Beginn unserer Amtszeit kaum zu hoffen wagten: Mit der Landtagswahl und dem Sieg der grün-roten Koalition sind beide Forderungen kurz davor ,tatsächlich erfüllt zu werden.

Auch innerhalb des KIT gab es viel zu tun: Die Umstrukturierung von Uni und Forschungszentrum hin zum gemeinsamen KIT ist weiterhin im Gange und bringt vielfältige Änderungen, die auch für die Studierenden und die Lehre einige Änderungen mit sich bringen, auch wenn dies vielleicht erst einige Jahre später wirklich auffällt. Besonders die Umstrukturierung des Studienbüros und die Einführung der KIT-Satzung waren dabei Prozesse, die wir begleitet haben und bei denen wir versucht haben, die studentischen Interessen möglichst gut einzubringen. Auch auf anhaltende Probleme des KIT, zum Beispiel der extreme Personalmangel in der Verwaltung oder die Probleme beim Erstellen der neuen Campus-Management-Software haben wir hingewiesen und auf Verbesserungen gedrungen

Ein weiterer wichtiger Punkt war die Verbesserung der Studiengänge. Inzwischen wurden zwar alle Studiengänge auf das Bachelor-Master-System umgestellt, abgeschlossen ist der Prozess aber noch lange nicht: Oft wurden erst im Nachhinein größere Mängel in den Studienplänen und Prüfungsordnungen deutlich. Vollgestopfte Stundenpläne und unstudierbare Studiengänge waren die Folge. Auch während der Bildungsproteste im Jahr davor kamen viele Probleme der Bolognareform zum Vorschein. In verschiedenen inneruniversitären und auch überregionalen Gesprächen und Sitzungen diskutierten wir mit verschiedensten Leuten Konzepte und Ideen, um die Studiengänge zu verbessern und unnötige Komplikationen im Studienablauf zu vermeiden. Tatsächlich sind wir vor allem mit den neueren Prüfungsordnungen in Karlsruhe vielen anderen Universitäten schon ein ganzes Stück voraus.

Nadja (Frauen) | Sarah (Sozial) | Anselm (Vorsitz) | Manu (Kultur) | Andreas (Hochschulpolitik) | Manu (Sozial) | David (Ökologie) | Ben (Innen)
Leider nicht mit auf dem Foto: Jens (Finanz) und Ahmad (AusländerInnen)

Ein weiteres wichtiges Anliegen war uns die Unterstützung der Studierenden in sozialen Themen. Wichtiger Bestandteil dabei war neben den regelmäßigen Beratungsangeboten der Aufbau eines Netzwerkes im sozialen Bereich, um durch gute Kontakte zu verschiedenen Organisationen, Arbeitsgemeinschaften und Gruppen eine Verbesserung der Situation der Studierenden zu erreichen, sei es bei der Steigerung der Barrierefreiheit, der Verbesserung der Kinderbetreuung oder anderen sozialen Themen. Des weiteren wurde eine neue Version des Sozialinfos erarbeitet, um eine umfassende und aktuelle Informationsquelle zu gewährleisten. Der erste von drei Teilen des Sozialinfos ist gerade in Druck und wird bald im UStA ausliegen.

Neben den großen Punkten kamen natürlich immer wieder kleinere oder kurzfristigere Schwerpunkte dazu. So gab es Treffen zum Deutschlandstipendium, dem MINT-Kolleg, Gespräche zur Verkehrssituation auf dem Campus, eine Umfrage zur Klimatisierung der Hörsäle, verschiedene Informationsstände und vieles mehr.

Tagesgeschäft

Neben den größeren Aktionen und den intensiv zu bearbeitenden Themen gibt es noch einen weiteren nicht zu vernachlässigenden Punkt in der UStA-Arbeit, den man von außen oft gar nicht bemerkt: Das Tagesgeschäft. Das tägliche Lesen und Beantworten von Mails, telefonieren mit den verschiedensten Leuten, Standardanfragen beantworten, Sprinter reservieren, das UStA-Büro und die Theke aufschließen, Reiseantragsformulare ausfüllen und vieles mehr.

Sicher einer der lästigeren Aspekte der UStA-Arbeit, aber auch das muss gemacht werden...

Im Rückblick...

Einiges ist passiert im letzten Jahr, auf einiges davon sind wir sicher Stolz, bei einigen anderen Themen hätten wir noch mehr machen wollen und in vielen Sachen gibt es sicher auch noch viel zu tun. Aber irgend etwas mussten wir unseren Nachfolgern ja auch noch übrig lassen.

Im Nachhinein haben wir wohl alle so manches Mal über die UStA-Arbeit geflucht: Wenn man mal wieder eine Nacht durcharbeiten musste (z.B. um das UMag fertig zu bekommen, wie der Autor dieses Artikels gerade), wenn die ToDo-Liste mal wieder mehrere Seiten füllte oder wenn man sich fragte, welche Gesundheitsschäden durch den starken Kaffeekonsum wohl in ein paar Jahren zu erwarten sind.

Dennoch war es durchaus auch eine schöne Zeit mit vielen Erfahrungen, neuen Bekanntschaften und auch vielen ermutigenden Begebenheiten. Ganz besonders danken möchten wir an dieser Stelle allen, die uns unterstützt haben, ob als Helfer bei Aktionen, als Ideengeber in Gesprächen oder auch als einfach beim Kaffeetrinken und gemütlichen Beisammensein. Besonders hervorzuheben ist dabei natürlich unser „Sumpf“, also all diejenigen die uns regelmäßig auf unseren Sofas besucht, uns aufgebaut und auch mal von der Arbeit abgelenkt haben. Ihr seid großartig!

Im Ausblick...

Auch wenn wir unsere Ämter hoffentlich am 19. April abgeben können, wird es den UStA natürlich in neuer Besetzung weiter geben.

Auch dieser wird sicher viele Aufgaben bekommen, diverse Projekte angehen und Aktionen durchführen. Und auch da wird es wichtig sein, dass der UStA nicht allein dasteht, sondern dass Leute mithelfen, Ideen einbringen und Probleme ansprechen: Wenn also dir ein Thema wichtig ist, und du das Gefühl hast, es wird bisher zu wenig angegangen, dann komm einfach mal im UStA vorbei, sprich die Referenten an oder schreib eine Mail. Vielleicht kannst du dich dann auch selbst direkt in das Thema mit einbringen. Man muss nicht gleich Referent werden, um mitzuhelfen, aber von zusätzlichen helfenden Händen und Mitdenkern kann die ganze Studierendenschaft nur profitieren.

Wir wünschen dem zukünftigen UStA schonmal alles Gute, bedanken uns noch einmal bei allen, die uns unterstützt und geholfen haben und verabschieden uns hiermit von euch.

Euer UStA 2010/2011

Übrigens: Der Ausführliche Rechenschaftsbericht des UStA sowie der einzelnen Referenten werden wir in der ersten Sitzung des Studierendenparlaments vorlegen. Es wird danach auch als Anhang des Sitzungsprotokolls auf der UStA-Homepage zur Verfügung stehen.

Was wir so gemacht haben...

Einige der größeren Veranstaltungen des UStA 2010/2011

Jedes Jahr ein Ereignis: Das UStA Sommerfest, dieses Jahr dank WM sogar zwei Tage hintereinander!

Raus aus dem Elfenbeinturm - rein ins Z10. Der UStA lud den ehemaligen Rektor der Universität Karlsruhe und jetzigen Präsidenten des KIT zu einer Plauderrunde unter Studierenden ein. Jeder der wollte konnte dabei Fragen zum KIT, zum Studium und sonstigen Themen von Interesse stellen.

Die nächste Runde „Präsidium im Gespräch" findet übrigens am 2. Mai statt - diesmal mit Professor Umbach, dem anderen KIT-Präsidenten und ehemaligen Leiter des Forschungszentrums

Vom 5. - 7. November organisierte der UStA die Vollversammlung des Aktionsbündnis gegen Studiengebühren. Dabei wurden vor allem Konzepte entwickelt, um das Thema Studiengebühren vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg an die Öffentlichkeit zu bringen.

Studiengebühren abschaffen - so lautete die Forderung auf der Demo am 27.1. in Karlsruhe. Wenn alles wie gehofft klappt, erfüllt sich die Forderung zum Wintersemester 2011/2012. Ein Highlight auf der Demo war sicher der musikalische Beitrag von Liedermacher Götz Widmann, der schon seit Jahren bekennender Studiengebührengegner ist.

Und natürlich gab es auch im Winter wieder ein UStA-Fest. Mehr davon weiter hinten im Heft.

Am 8.2. luden wir Vertreter der Parteien zu einer Podiumsdiskussion ein, um die Studierenden vor der Landtagswahl bestmöglich zu informieren.

Vom Andrang waren wir selbst überrascht, so dass noch zusätzliche Stühle in den Saal geholt werden mussten.

Deutschlandstipendium

BAföG-Erhöhung für Viele? Lass mal lieber... Eliteförderung für Wenige? Aber immer!!

von Sarah Puch und Manuela Lemmer

Das Deutschlandstipendium (auch bekannt als „Nationales Stipendienprogramm“ - NaStipG) soll am KIT zum Wintersemester 2011/12 eingeführt werden. Wer eines ergattert, bekommt dann für ein Jahr pro Monat 300 Euro. Eben Eliteförderung an einer Eliteuniversität.

Was ist es, was kann es?

Das Deutschlandstipendium soll an allen Hochschulen, unabhängig von der finanziellen Situation, Studierende mit „herausragenden Leistungen“ unterstützen und fördern. Die Förderung besteht neben den 300 Euro je Monat vor allem aus dem Kontakt mit dem Unternehmen, das das Stipendium bezahlt. Jedoch wurde in allen Gesprächen betont, dass die Unternehmen Kurse, Praktika, Seminare usw. anbieten können, die von dem Stipendiaten jedoch nicht angenommen werden müssen.

Aber was genau soll man unter herausragenden Leistungen verstehen? In den Richtlinien, die der Staat vorgibt, sind drei Säulen als Auswahlkriterien vorgegeben: Leistung, gesellschaftliches Engagement und sozialer Hintergrund. Wie diese einzelnen Kriterien gewichtet werden können die einzelnen Universitäten selbst entscheiden. Deshalb gibt es auch große Unterschiede im Karlsruher Raum.

Das KIT wird wahrscheinlich vor allem auf Leistung achten, wohingegen in Pforzheim der „Gesamteindruck“ des Studierenden zählt. Auch das Vergabesystem variiert von Uni zu Uni. An der Hochschule wird es zum Beispiel eine zentrale Bewerbungsstelle geben, wo alle Studierende ihre Bewerbung abgeben können. Am KIT hingegen wird es auf Grund der vielen Studierenden ein komplizierteres Verfahren geben. Die Bewerbungen können von einzelnen Studierenden an einer zentralen Stelle eingereicht werden. Diese werden dann von dieser zentralen Stelle nach Fakultäten sortiert und an die verschiedenen Fakultäten weitergereicht. Dort trifft dann ein Gremium eine Vorauswahl aus allen BewerberInnen ihrer Fakultät. Diese Vorauswahl geht wieder zurück an das zentrale Entscheidungsorgan, wo alle Bewerbungen aus den Vorauswahlen wieder zusammengeführt werden.

Hier werden dann die endgültigen Stipendiaten bestimmt. Das momentane System sieht aber auch vor, dass einzelne ProfessorInnen/DozentInnen/wissenschaftliche MitarbeiterInnen auf Studierende, die ihnen besonders aufgefallen sind (durch z.B. soziales Engagement) zugehen und ihnen eine Bewerbung für das Deutschlandstipendium nahe legen sollen.

Zukunft oder Rückschritt?

So weit so gut. Aber wie finanziert sich das alles? Ihr habt schon einmal lesen dürfen, wie es um die finanzielle Lage des KIT steht. Kein Problem denkt man sich am Anfang. Die eine Hälfte, also 150 Euro zahlt ein Unternehmen, die andere übernimmt der Bund.

Bisher scheint das KIT also keine Kosten zu haben. Wer vergibt jetzt aber diese Stipendien? Wer treibt die Gelder ein und verwaltet sie? Wer leitet das Auswahlverfahren? Und in welchen Räumen soll so etwas stattfinden. Nicht zu vergessen die Stromrechnung und diese ganzen anderen Kleinigkeiten, die dann anfallen. Das alles muss die Universität bezahlen. Schon wieder Geld, das nicht in die Lehre fließen kann.

Und die viel wichtigere Frage: Wer bekommt das Geld? Es sind vom Bund in der Hinsicht nur Leitlinien vorgegeben, keine festen Richtlinien. Also müssen sich hier Menschen überlegen, wer gefördert werden soll. Da wir das Präsidium kennen, werden wir natürlich wieder so etwas zu hören bekommen wie „exzellente Studierende“. Aber was zeichnet sie aus? Gute Noten? Soziales Engagement? In erster Linie werden vermutlich die guten Noten zählen. Alles andere wäre zwar toll, ist aber ziemlich unwahrscheinlich. Und was machen die Studierenden, die sich engagieren? Egal ob in Hochschulgruppen, Fachschaften oder auch hier im UStA? Die, die nicht an einer Fakultät arbeiten und sich mit einer/m ProfessorIn gut verstehen? Es scheint klar zu sein, welche Gruppe dann was abbekommt und wer nicht.

Aber es kommt nun mal. Darum versuchen wir, das Beste daraus zu machen. Vielleicht haben wir ja Glück und man erkennt doch noch, dass dies nicht der richtige Weg ist. Viel wichtiger wäre es, das BAföG auszubauen und elternunabhängig zu machen.

Wenn ihr mehr Fragen dazu habt, kommt in unsere Sozialberatung, wir geben euch gerne noch weitere Auskünfte.

Die KIT-Satzung

Damit weiter zusamenwächst, was zusammengehört - oder so...

von Andreas Wolf

Satzungen sind meistens nichts, mit dem man sich gerne beschäftigt. Dröge Paragraphen, viel Blabla und keine wirklich neuen Erkenntnisse erwarten einen. Dass das auch anders sein kann, beweist das KIT mit seiner Satzung, die Mitte März vom Senat verabschiedet wurde. Diese sogenannte „Gemeinsame Satzung“ löst die alte Grundordnung der Universität ab, die bisher übergangsweise noch weiter galt. Das KIT-Gesetz spricht zwar davon, dass diese Satzung aus einer Grundordnung für den Universitätsteil und einer Grundsatzung für den Großforschungsteil besteht, diese Trennung wurde während der Entstehung der Satzung aber aufgegeben, weswegen es jetzt nur eine Satzung gibt.

Bis der Senat im März über die Satzung abstimmen konnte, war viel Vorabeit nötig. Die Kommission, die die Satzung ausgearbeitet hat, hat sich seit Gründung des KIT zu einer Vielzahl von Sitzungen getroffen. Daneben wurden die Satzungsentwürfe immer wieder mit beiden beteiligten Ministerien in Land und Bund abgestimmt.

Eine große Hoffnung, die mit der Satzung verbunden ist, ist, dass sie die Voraussetzungen schafft, um Wissenschaftler des Campus Nord in die Lehre zu integrieren. Dazu werden diese verpflichtet, sich einer Fakultät zuzuordnen. Es bleibt zu hoffen, dass von CN-Wissenschaftlern nicht nur Spezialvorlesungen in deren jeweiligen Fachgebieten angeboten werden, sondern dass sie sich auch in der Vermittlung der Grundlagen engagieren. Hier besteht nämlich – gerade durch die doppelten Abiturjahrgänge und die Verkürzung der Bundeswehr – Bedarf für einen massiven Ausbau der Lehre.

Daneben regelt die Satzung den grundsätzlichen Aufbau des KIT, also dass es Zentren, Schwerpunkte, Programme, Fakultäten und Institute gibt und wie diese auf die einzelnen Bereiche des KIT aufgeteilt werden. Vieles davon ist allerdings auch nur abstrakt geregelt, die konkrete Ausgestaltung wird durch das Präsidium (meist im Einvernehmen mit dem Senat) festgelegt. Diese Regelung hat den Vorteil, dass man flexibler ist, weil ein einfacher Senatsbeschluss deutlich schneller zu erreichen ist als eine Änderung der Satzung. Die Satzung muss nämlich nach ihrer Verabschiedung durch die KIT-Gremien noch von beiden zuständigen Ministerien – dem Wissenschaftsministerium in BaWü und dem Bundesbildungsministerium – genehmigt werden.

Mit Gründung des KIT wurde der studentische Einfluss im Senat massiv reduziert: Im alten Uni-Senat hatten wir vier Vertreter, bei einer Gesamtgröße von 37 Mitgliedern. Im neuen KIT-Senat ist die Zahl der Studierenden auf drei gesunken, bei einem Senat von insgesamt fast 60 Leuten. Damit stellt das KIT sich gegen den Trend, Studierenden mehr Mitsprache einzuräumen – an der Uni Stuttgart wurde die Zahl der Studierenden im Senat vor knapp einem Jahr von drei auf sieben (!) erhöht. Immerhin konnten wir uns mit einem Antrag auf zwei zusätzliche Studierende mit Gastrecht durchsetzen. Diese dürfen zwar nicht mit abstimmen, bekommen aber die Diskussionen im Senat mit und können so zum Informationsfluss aus dem und in den Senat beitragen.

Ein weiteres Thema, das von den Studierenden im Satzungsprozess auf die Tagesordnung gebracht wurde, ist die Zivilklausel. Diese galt seit seiner Gründung für das frühere (Kern)-Forschungszentrum Karlsruhe, insbesondere aus Sorge vor möglicher Forschung an Kernwaffen. In einer Urabstimmung hatte sich die Studierendenschaft im Januar 2009 für die Beibehaltung der Zivilklausel und ihre Ausdehnung auf das gesamte KIT ausgesprochen. Diese Forderung konnte leider nicht durchgesetzt werden. Von Seiten des Präsidiums wurde eine Zivilklausel strikt abgelehnt, u.a. mit der Begründung, sie sei verfassungsrechtlich (Freiheit von Forschung und Lehre, Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz) nicht zulässig. Zur Bewertung dieser Behauptung sollte man wissen, dass u.a. die Universität Tübingen eine Zivilklausel in ihrer Grundordnung stehen hat.

Statt einer Zivilklausel wurde in die Präambel immerhin die Formulierung „Die Mitglieder des KIT richten ihr Handeln in Forschung, Lehre, Innovation und Dienstleistung an ethischen Grundsätzen und Kriterien aus“ aufgenommen. Zur konkreten Ausgestaltung dieser Klausel sollen Leitlinien aufgestellt werden. Der UStA wird am Ball bleiben und darauf hinwirken, dass hier sinnvolle Regelungen verankert werden.

So ganz passt das Alles dann doch noch nicht zusammen...

Zukunft der Kernforschung am KIT

von Anselm Laube

Die Ereignisse im Atomkraftwerk Fukushima-Daiichi rücken die Forschungen des KIT in das Zentrum der öffentlichen Diskussion. Einerseits wird deutlich, dass es unabhängige WissenschaftlerInnen braucht, die das Risiko von Atomanlagen bewerten können und den technischen Sachverstand haben, die Lage in einer Situation, wie sie aktuell in Fukushima auftritt, einschätzen zu können.

Eine speziell dazu eingerichtete Arbeitsgruppe veröffentlicht ihre Einschätzungen derzeit unter http://www.kit.edu/besuchen/6042.php Andererseits steht gerade das KIT immer wieder in der Kritik, da aufgrund der hohen Drittmittel von EnBW und EDF eine Beeinflussung der Richtung, in die geforscht wird, angenommen werden kann und am KIT auch an den nächsten Generationen von Reaktoren zur Kernspaltung geforscht wird. Und das obwohl es in Deutschland den gesellschaftlichen Konsens gibt, dass keine neuen Atomkraftwerke gebaut werden sollen.

Außerdem warnen Studierende seit Jahren davor, dass das KIT durch seine immer noch schwerpunktmäßig im Bereich der Kernspaltung angesiedelte Energieforschung den Anschluss bei der Erforschung Erneuerbarer Energien verlieren wird.

Eine Möglichkeit mit dieser Kritik umzugehen wäre, alle Forschungsprojekte sehr viel transparenter zu gestalten, das heißt, jede Finanzierung durch Drittmittel zu dokumentieren und alle Forschungsergebnisse frei zur Verfügung zu stellen. Außerdem sollte die Energieforschung sich auf die politischen Ziele der Bundesrepublik (80% bis 100% Erneuerbare Energien bis spätestens 2050) einstellen. Es ist hier jedoch zu vermelden, dass es erste Veränderungen in der Strategie gibt, wie z.B. die Einrichtung einer Professur für Dünnschichtphotovoltaik zeigt.

Podiumsdiskussion

Zur Zukunft der Kernforschung am KIT

Donnerstag, 21.04.2011 ab 18 Uhr
im Redtenbacherhörsaal (Ehrenhof)

Dr.-Ing. Peter Fritz
Vizepräsident für Forschung am KIT und Vizepräsident des deutschen Atomforums

Jörg Michels
Technischer Geschäftsführer des KKW Neckarwestheim und Mitglied der Geschäftsführung der EnBW Kernkraft GmbH

Sylvia Kotting-Uhl
MdB im Wahlkreis Karlsruhe und atompolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion (angefragt)

Prof. Dr. Norbert Willenbacher,
Aufsichtsratsvorsitzender von juwi und Professor für angewandte Mechanik am KIT

Moderiert von Jürgen Essig (SWR)
organisiert vom (derzeit noch amtierenden) UStA

Die Tierecke des AStA

Der AStA darf sich leider politisch nicht äußern, darum berichtet er über Tiere - Ein Frechdachs, dieser AStA*

von Sarah Puch

Letztes Mal haben wir über das unpolitische Eichhörnchen, dass hier sehr heimisch ist, berichtet. Dieses mal wollen wir euch den neutralen Pinguin vorstellen.

Wer meint, diese knuddeligen, flugunfähigen Vögel kommen nur auf der Südhalbkugel vor, wo es kalt ist, irrt sich gewaltig. Auch hier auf dem Campus fühlen sie sich sehr heimisch.

Am besten hält man sie in kleinen, meist schwarzen (obwohl mittlerweile ein Trend zu Farbe geht) Kästen. Als Nahrung bevorzugen sie den guten deutschen Strom aus der Steckdose. Ansonsten brauchen sie nur viel Liebe und ab und zu mal ein Update.

Wie? Strom? Update? Das klingt jetzt aber nicht nach dem Vogel im Frack, der immer so lustig rum watschelt. Doch. Nur eben einem besonderen dieser Gattung. 1996 kündigte Linus Torvalds an, dass er einen Pinguin als Maskottchen für Linux haben wolle, und schrieb einen Wettbewerb aus, aus dem schließlich der populäre Tux hervorging. Dank dieser Aktion haben auch wir hier im warmen Karlsruhe das Vergnügen, süße Pinguine auf dem Campus zu haben.

Quelle: www.wikipedia.org

*Mit der Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft wird sich das aber hoffentlich bald ändern

Uniwinterfest 2011

Auch eine Mensa kann rocken!

von Ben Kobrinski

Getippte Berichte über Unifeste sind traditionell genau das, was Unifeste selbt eben nicht sind: Eher langweilig. Und anstatt hier jetzt mit Zahlen um uns zu werfen (soundsoviele Liter Bier, soundsoviele verkaufte Eintrittskarten, soundsoviele übernächtigte Helfer...) machen wir es uns diesmal einfach: Wer dabei war hat es selbst mit bekommen, wer nicht dabei war hat sowieso etwas verpasst und sollte das beim nächsten Fest nachholen!

Was wir allerdings nicht unterlassen ist nochmal ein fettes **Dankeschön** an die vielen Helfer (mehrere hundert!) beim Aufbau, hinter den Ständen, beim Catering, in der Zentrale, beim Booking, beim Fahren, beim Abbau, bei den Vorbereitungen, beim Motivieren, an der Technik, als Security ... (man denke sich hier eine lange Liste mit all den Bereichen die hier noch fehlen)...

Das nächste Unifest gibt es dann am 25. Juni 2011!

Plakatausschreibung

Entwirf das Plakat für das UStA-Sommerfest!

Ergreif jetzt die Chance, dich in die Liste der hochgeschätzten und verehrten Unifestplakatgestalter einzureihen! Das Plakat wird in den Formaten A3 und A1 gedruckt und überall in Karlsruhe und Umgebung plakatiert werden. Außerdem kommt das Design auch auf die Eintrittskarte, wird als Cover für das Programmheft verwendet und wir werden mehrere Banner damit gestalten.

Wenn du also Lust und ein bisschen Zeit hast, mach dir doch ein paar Gedanken, bastel was Schönes zusammen und gib deinen Entwurf (oder auch mehrere) bis spätestens **Mittwoch, den 27. April 2011** im UStA der Universität Karlsruhe ab oder schicke ihn an **kultur@usta.de.**

Das Plakat muss folgende Informationen enthalten:

- UStA-Unifest
- Datum: 25. Juni 2011
- Start Forum: 15 Uhr
- Start Mensa: 21 Uhr
- etwa 12 Bandnamen (am besten 12 Platzhalternamen einfügen), davon 8 im Außenbereich und 4 in der Mensa
- vier Floors: Disco, Drum ,n Bass-Burnout, Reggae Dancehall, Lounge
- Eintritt: Vorverkauf (Ticketforum, Schlaile, Mensa) 3 Euro; Abend kasse 4 Euro
- www.usta.de/unifest

Bitte erstellt eure Vorschläge in einem gängigen, vektorbasierten Format, die Entwürfe reicht ihr am besten als .pdf ein.

Bei Fragen wendet euch einfach an **kultur@usta.de.**

Kannst du den bisherigen Favoriten überbieten?

Softskills beim Festaufbau: 3D-Tetris für Fortgeschrittene

Noch Catering oder schon Kunst?

Leere als Sinnbild der Schizophrenie: Am Grenzweg zwischen Gourmet- und Party-Tempel

Das Festkomitee, das für die Organisation des UStA-**Unifests** zuständig ist, sucht Verstärkung. So ein Fest **braucht** Leute, die sich im Vorfeld zum Beispiel um Bands, Getränke, Technik, Security, Essensstände oder Werbung kümmern. Wenn

dich!

die Idee anspricht, mit vielen anderen zusammen solch ein Spektakel auf die Beine zu stellen, dann komm einfach mal **donnerstags** um **18 Uhr** im UStA-**Thekenraum** bei einer Festko-Sitzung vorbei**!**

Das Festko freut sich auf dich und kann **jeden Helfer** gut gebrauchen! **Bier** gibt es übrigens auch.

Der UStA-(Kultur)Kalender

April 2011:

Di, 12.04.	Endlich zweistellig-Schlonz	AKK | 20 Uhr
	Erste Unichor-Probe: Einstieg nur jetzt möglich!	Festsaal im Studentenhaus | 19:30 Uhr
Do, 14.04.	Werwolf-Schlonz	AKK | 20 Uhr
	Treffpunkt Barrierefrei	Sitzungszimmer StuWe | 16:00 Uhr
Di, 19.04.	Interaktiv-Schlonz	AKK | 20 Uhr
	Hochschulgruppenmesse	Audimaxfoyer | 11-16 Uhr
	Konstituierende StuPa-Sitzung	Raum siehe www.usta.de | 19:30 Uhr
Do, 21.04.	Konzert: Francis Aeol	AKK | 20 Uhr
Fr, 22.04.	Der freie Freitag im April (Karfreitag)	
Mo, 25.04.	Noch mal vorlesungsfrei (Ostermontag)	
Di, 26.04.	Arbeiterlieder-Schlonz	AKK | 20 Uhr
27 - 29. 4.	AI-Filmabende (www.usta.de/amnesty)	LMZ (Moltkestraße 64) | 20 Uhr
Do, 28.04.	FS GeistSoz + MachCIW: Frühlingsfest	AKK | 21 Uhr
Sa, 30.04.	Tanz in den Mai	AKK, Stadion und Café | 20 Uhr

Mai 2011:

Di, 03.05.	Augsburger Puppenkiste-Schlonz	AKK | 19 Uhr
Mi, 04.05	AFK-Kino: Tokyo Godfathers	Hertz-Hörsaal | 20 Uhr
Do, 05.05.	Workshop: Flirten statt anbaggern (Anmeldung erforderlich)	PBS Karlsruhe 14-16 Uhr
	AFK-Kino: Ghost Dog	Hertz-Hörsaal | 20 Uhr
Fr, 06.05.	Japantage: Sushikurs	Sitzungszimmer Mensafoyer | 14-17 Uhr
	Japantage: Festakt	Festsaal im Studentenhaus | 19 Uhr
Sa, 07.05.	Workshop: Salsa für Anfänger	AKK | 10 Uhr
	Japanische Jazzgruppe „JAJA“	Festsaal im Studentenhaus | 20 Uhr
	Anime-Schlonz	AKK | 20 Uhr
So, 08.05.	AFK-Doppelvorstellung: Prinzessin Mononoke, Last Samurai	Hertz-Hörsaal | 11 Uhr
	Skat & Bockbier-Schlonz	AKK | 20 Uhr
	The Bee (Theaterstück)	Festsaal im Studentenhaus | 20 Uhr
Di, 10.05.	Die 4. Revolution Schlonz	AKK | 21 Uhr
Do, 12.05.	Astrid-Lindgren-Schlonz	AKK | 20 Uhr
	The Bee (Theaterstück)	Festsaal im Studentenhaus | 20 Uhr
Fr, 13.05.	The Bee (Theaterstück)	Festsaal im Studentenhaus | 20 Uhr
Sa, 14.05.	Workshop: Breakdance	AKK | 10 Uhr
	Workshop: Pappmaché	AKK | 11 Uhr
	The Bee (Theaterstück)	Festsaal im Studentenhaus | 20 Uhr
	174,0 Original (Drum&Bass, Dubstep)	AKK | 21 Uhr
Di, 17.05.	Liveschlonz: Cantus Levitas, Acromonia	AKK | 20:30 Uhr
Do, 19.05.	Balkan-Beatz-Schlonz	AKK | 21 Uhr
Do, 19.05. |	Treffpunkt Barrierefrei	Sitzungszimmer StuWe | 16 Uhr

Beitragsmarkengalerie

Wusstest du, dass...

die Beitragsmarken früher per Hand durchnummeriert wurden?

die Beitragsmarken früher Briefmarkengröße hatten?

das Design der Beitragsmarke noch nicht immer an das Unifestplakat angelehnt war?

der Preis der Beitragsmarke seit über 30 Jahren nicht gestiegen ist (früher 8 Mark)

es in manchen Jahren ein Unifestplakat zum Kauf einer Beitragsmarke dazu gab?

du im UStA auch Beitragsmarken der vergangenen Jahre kaufen kannst (Für Leute mit Sammelwut)?

leider immer weniger Beitragsmarken verkauft werden?

Konstituierende StuPa-Sitzung am 19.4.

Wahl des StuPa-Präsidiums, Entlastung des alten UStA, Verabschiedung des Arbeitsprogrammes, Wahl der neuen UStA-Referenten und einige Punkte mehr

Die Sitzung ist öffentlich, alle Anwesenden haben Rederecht

Zeitpunkt und Ort unter www.usta.de

Erlebe bei der

HOCHSCHULGRUPPENMESSE

alle Hochschulgruppen am selben Tag, am selben Ort

ENGAGIER DICH

am 19. April im Audimax